

Mit der Veränderung dieser Vertriebsbedingungen waren dem Beratungsunternehmen nach jedoch Probleme verbunden, da die finanzielle Basis vieler Pharmahändler, die in der Regel staats-eigene Unternehmen sind, sehr schwach ist und bei einigen der Konkurs drohe. Das "Chaos" stelle zwar für ausländische Pharma-Unternehmen keine Marktbarriere dar, doch sei die Versorgung ausgewählter Regionen einfacher als die landesweite Belieferung.

Die Pharmabranche wies in den letzten Jahren ein Wachstum von rd. 16% jährlich auf und wird Berechnungen zufolge Ende des Jahrhunderts einen Bruttowert von ca. 100 Mrd. Yuan umfassen. Auf dem Markt existieren rd. 2.000 chinesische Unternehmen, von denen 10 Konglomerate sind, die den Hauptanteil der Produktion stellen. Der Anteil der ausländischen Unternehmen am chinesischen Markt wird mit rd. 27% angegeben. (SCMP, 14.3.95) -schü-

*(16)

Anleihen für Auslandsinvestoren zur Finanzierung des Drei-Schluchten-Staudamm-Projektes

Auf einer Pressekonferenz kündigte Lu Youmei, Vorsitzender der *China Yangtze Three Gorges Project Development Corporation* an, daß die Auflage von Anleihen für Auslandsinvestoren zur Mitfinanzierung des Staudamm-Projektes geplant ist.

Hierdurch soll die Finanzierungslücke von rd. 1 Mrd. Yuan (ca. 119 Mio. US\$) gedeckt werden, die bei den geplanten Gesamtinvestitionen von rd. 7 Mrd. Yuan (833 Mio. US\$) für das laufende Jahr 1995 aufgetreten ist. Über die näheren Modalitäten der Anleihe soll noch entschieden werden.

Nach Angaben von Lu Youmei bietet das Staudammprojekt Auslandsunternehmen durch die Lieferung von Maschinen und Anlagen verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten. Im letzten Jahr hat die *China Yangtze Three Gorges Project Development Corporation*, die für Bau und Management des Projektes verantwortlich ist, Ausrüstungen im Werte von 13 Mio. US\$ importiert. Lu Youmei schätzt den auf ausländische Unternehmen entfallenden Anteil am Staudamm-Projekt auf 600 Mio. US\$ bis 1 Mrd. US\$. Einschließlich der mit dem Bau des Staudamms verbundenen Projekte für beispielsweise die Umsiedlung

der betroffenen Bevölkerung wird der an Auslandsunternehmen vergebene Anteil auf ein Volumen von rd. 3 Mrd. US\$ geschätzt. Seit dem offiziellen Beginn des Staudamm-Projektes im Dezember 1994 sollen Lu Youmei zufolge Gesamtaufträge mit einem Wert von 5,5 Mrd. Yuan (654 Mio. US\$) vergeben worden sein.

Die Fertigstellung des Staudammes ist für das Jahr 2009 vorgesehen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird durch das Kraftwerk am Staudamm, der eine Höhe von 175 Meter erreichen soll, eine jährliche Stromerzeugung von 18,2 Mio. kWh erbracht werden. Die Gesamtkosten des Projektes sind auf 90 Mrd. Yuan (10,7 Mrd. US\$) angelegt, doch könnten sich die tatsächlichen Kosten aufgrund der Inflation und steigenden Kreditzinsen durchaus verdoppeln.

Auf der Pressekonferenz bestritt Lu Youmei die von Hongkonger Zeitungen dargestellten Proteste der lokalen Bevölkerung gegen das Umsiedlungsprogramm. So sei die Umsiedlung der zuerst betroffenen Bewohner geordnet und ohne schwerwiegende Probleme durchgeführt worden. Da derzeit rd. 10.000 Arbeitskräfte am Staudamm-Projekt beschäftigt seien, wären hierdurch allerdings Probleme wie Verkehrsunfälle, Diebstähle und Streitigkeiten aufgetaucht. Im Gegensatz dazu hatten die lokalen Hongkonger Zeitungen berichtet, daß eine große Zahl von Sicherheitsbeamten und Soldaten auf das Baugelände des Staudammes gerufen worden sei, um gegen die aufgebraute Bevölkerung vorzugehen. Diese sei mit den Umsiedlungsplänen nicht einverstanden. (Xinhua, Hongkong, 14.3.95)

Für die Umsiedlung der Bevölkerung ist eine Summe von rd. 2 Mrd. Yuan für dieses Jahr eingeplant, mehr als das Doppelte wie 1994. Seit 1992 wurden bereits 120.000 Einwohner aus den Kreisen Yichang und Zigui (Provinz Hubei) umgesiedelt. Bis zum Jahr 2009 sollen insgesamt rd. 1 Mio. Personen aus einem Gebiet von 632 km² umgesiedelt werden, das dann von den Fluten des Staudammes bedeckt sein wird. Betroffen sind außerdem Kreise in der Provinz Sichuan.

Offiziellen Angaben zufolge weist die neu umgesiedelte Bevölkerung ein deutlich höheres Einkommen auf als an ihrem früheren Wohnort. Für diese Bevölkerung soll bereits vor Beginn des Staudammes mit der Erschließung von

Anbauflächen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze begonnen worden sein. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.3.95, nach SWB, 22.3.95) -schü-

Binnenwirtschaft

*(17)

Rechenschaftsbericht zum Staatshaushalt 1994

Finanzminister Liu Zhongli stellte auf der 3. Tagung des 8. NVK den vorläufigen Bericht zur Durchführung des Staatshaushalts 1994 vor. Die Steigerung der Staatseinnahmen belief sich auf 19,2% gegenüber dem vorangegangenen Haushalt; die Staatsausgaben erhöhten sich um 25,4%. Der Staatshaushalt 1994 schloß mit einem Defizit von rd. 63,801 Mrd. Yuan ab und blieb damit innerhalb des projektierten Haushaltsansatzes. Der zentrale Haushalt wies ein Defizit von 66,814 Mrd. Yuan auf, die lokalen Haushalte verfügten über einen Überschuß von 3,013 Mrd. Yuan.

Staatshaushalt 1994 (Mrd. Yuan) (Einschließlich 1. Regulärer Haushalt und 2. Investbauhaushalt)

Staatseinnahmen	518,175
Staatsausgaben	581,976
Haushaltssaldo	- 63,801

Bei der Aufteilung des Haushalts 1994 in einen regulären und einen Investbauhaushalt ergibt sich folgendes Bild:

1. Regulärer Haushalt

Einnahmen:	491,786
darunter:	
- Steuern	479,758
- Haushaltsregulierungsfonds	5,765
- Sonstige Einnahmen	18,06
- Subventionen f. nichtprodukt. Unternehmen	- 16,064

Ausgaben	442,248
darunter:	
- Investbau für nichtproduktive Projekte	21,448
- Öffentliche Aufgaben	170,51
darunter:	

- Land- und Forstwirtschaft; Wasserbau	18,155
- Kultur, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit	127,413
- Sozialhilfe	9,506
- Regierungsausgaben: darunter:	133,781
- Verwaltung	47,188
- Verteidigung	55,062
- Preissubventionen	31,277
- Sonstige Ausgaben	62,345

Saldo +69,538

2. Investbauhaushalt:

Einnahmen	95,927
darunter:	
- Überschuß a.d.regulären Haushalt	69,538
- Investbaueinnahmen	46,671
- Verlustzuweisungen an produkt. Unternehmen	- 20,282

Ausgaben	159,728
darunter:	
- Produktive Investbauausgaben	48,558
- Betriebsumgestaltung und Entwicklung neuer Produkte	46,761
- Geolog. Prospektierung	6,176
- Unterstützung der landwirt. Produktion	21,149
- Städtebau	23,279
- Unterstützung unterentwickelter Regionen	2,656

Saldo - 63,801

Defizit im Haushalt der Zentralregierung 66,814

Überschuß in den Haushalten der Lokalregierungen 3,013

Gesamtschulden 117,523

Die Erhöhung der Staatseinnahmen im Haushalt 1994 wird von Liu Zhongli auf folgende Ursachen zurückgeführt:

- Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate war höher als ursprünglich geplant. Hierdurch stiegen die Einnahmen bestimmter Steuerarten, die stark wachstumsabhängig sind.
- Das neue Steuersystem schaffte günstige Rahmenbedingungen für die Erhebung und Verwaltung der Steuern und reduzierte Steuerverluste.

- Das neue System der Aufteilung der Steuern zwischen Zentralregierung und Provinzregierungen erleichterte die Aufteilung der Einnahmen, da Quoten bestimmt wurden, auf deren Basis die Verteilung erfolgte. Sowohl die lokal erhobenen Steuern als auch die zwischen Zentrale und Lokalregierung aufzuteilenden Steuern erhöhten sich deutlich.

Die Ausgaben im Haushalt 1994 stiegen Liu zufolge vor allem aus folgenden Gründen:

- Die Anpassung der Löhne und Gehälter der in staatlichen Institutionen Beschäftigten überstieg bei weitem den Haushalts-Ansatz. Dieser hatte ursprünglich für 1994 ein Volumen von 20,5 Mrd. Yuan betragen, wurde aber um über 10 Mrd. Yuan überschritten. Hierdurch erhöhten sich die Verwaltungsausgaben beträchtlich.

- Aufgrund der hohen Inflationsrate stiegen die Ausgaben in allen Bereichen.

- Nach wie vor besteht das Problem der mangelnden Ausgabendisziplin. Verluste und Verschwendungen von Einnahmen sind ebenfalls weiterhin stark verbreitet und in manchen Fällen sogar sehr ernst.

Liu Zhongli wies in seinem Bericht darauf hin, daß die Steuerreform weder die wirtschaftliche Entwicklung noch die Planansätze des Staatshaushalts negativ beeinflusst habe. Durch Emission von Staatsanleihen mit einem Volumen von 102 Mrd. Yuan hätten ausreichend Finanzmittel im 1.Halbjahr 1994 bereitgestellt werden können. Weiterhin sei der rechtliche Rahmen durch die Verabschiedung des Haushaltsrechts verbessert worden, das 1995 in Kraft treten werde.

Zu den schwerwiegenden Problemen zählte Liu, daß die Zentralregierung nach wie vor noch über zu geringe finanzielle Mittel verfüge, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte weiter gestiegen sei und die gesamtwirtschaftlichen Steuerkapazitäten noch Mängel aufwiesen. Obwohl sich die Einnahmesituation der Lokalregierungen im Durchschnitt verbessert habe, bestehe eine regional sehr ungleiche Verteilung der Einnahmen. Manche Lokalregierungen seien 1994 sogar nicht in der Lage gewesen, ihren Beschäftigten höhere Löhne bzw. überhaupt Gehälter zu zahlen. (*Xinhua News Bulletin*, 21.3.95) -schü-

*(18)

Haushaltentwurf 1995

Neben dem Bericht zur Durchführung des Staatshaushalts 1994 legte Finanzminister Liu Zhongli gleichzeitig den Haushaltsentwurf für 1995 vor. Hierbei wird zunächst auf den gemeinsamen Haushalt von Zentralregierung und Lokalregierungen eingegangen, der sich wiederum in einen Investbau- und in einen Regulärhaushalt aufteilt. Anschließend wird der Haushalt der Zentralregierung, wiederum aufteilt in Investbau- und Regulärhaushalt, betrachtet.

Der Haushalt 1995 sieht folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

Haushaltentwurf 1995 (Mrd. Yuan) (zentraler Haushalt und lokale Haushalte)

Staatseinnahmen	569,24
- Einnahmen Zentrale	321,9
- Einnahmen Lokalregier.	247,34

Staatsausgaben	635,92
- Ausgaben Zentrale	204,474
- Ausgaben Lokalregier.	431,446

Haushaltssaldo - 66,68

Den geplanten Anstieg der Einnahmen in Höhe von 9,9% im Haushaltsentwurf 1995 bezeichnet Liu als durchaus realisierbar. Mit einer größeren Zunahme sei allerdings nicht zu rechnen, da die Einnahmesteigerung im letzten Jahr bereits relativ hoch gewesen und eine Folge wirtschaftspolitischer Reformmaßnahmen wie Vereinheitlichung des Wechselkurses, Erhöhung der Öl- und Tabaksteuer, etc. gewesen sei. Weiterhin werde in diesem Jahr auf die Erhebung von Abgaben für Schlüsselprojekte im Energie- und Transportsektor sowie auf Zahlungen für den Haushaltsregulierungsfonds durch nicht-staatliche Unternehmen verzichtet.

Die geplante Ausgabensteigerung ist Liu zufolge auf 9,3% begrenzt, um zur Eindämmung der Inflation beizutragen. Strikte Ausgabendisziplin sei notwendig, und das Volumen der Investbauausgaben und der konsumptiven Ausgaben müsse beschränkt werden.

Die Planung für den regulären Haushalt (Zentralhaushalt und lokale Haushalte) umfaßt folgende Ansätze:

1. Regulärer Haushalt		- darunter: Rückerstattung und Subventionen der Zentralregierung	244,96	2. Investbauhaushalt		
Gesamteinnahmen (+11,2%) 546,642		Ausgaben der lokalen Haushalte	431,446	Einnahmen (+13,2%)	44,317	
darunter:		Gesamtausgaben	492,3	darunter:		
- Steuern	533,743	darunter:		- Überschuß aus dem regulären Haushalt	40,378	
- Sonstige Einnahmen	19,499	- Zahlungen an die Zentralregierung	60,854	- Investbaueinnahmen	9,15	
- Subventionen für nichtproduktive Unter- nehmen	- 17,2			- Subventionen für Verlustunternehmen	- 5,211	
Gesamtausgaben (+11,1%) 469,02		<hr/>			Ausgaben (+4,8%)	110,997
darunter:		<i>Haushaltsentwurf 1995</i> <i>(Haushalt der Zentralregierung):</i>			darunter:	
- Investbau für nicht- produktive Projekte	20,58	Einnahmen der Zentral- regierung	321,09	- Produktive Investbau- ausgaben	33,013	
- Öffentliche Aufgaben	193,857	Gesamteinnahmen	382,754	- Ausgaben für Betriebs- umgestaltung u. Entwick- lung neuer Produkte	13,775	
darunter:		darunter:		- Unterstützung der land- wirtschaftl. Produktion	1,4	
- Bildung	86,764	Zahlungen der Lokal- regierungen	60,854	- Geologische Prospekt.	6,55	
- Wissenschaft	9,967	Ausgaben der Zentral- regierung	204,474	- Unterstützung unterent- wickelter Regionen	1,565	
- Regierungsausgaben	149,943	Gesamtausgaben	449,434	- Investive Ausgaben der Lokalbehörden aus dem Zentralhaushalt	48,992	
darunter:		darunter:		-----		
- Verwaltung	49,922	Ausgaben der Lokal- regierungen	244,96	Saldo	- 66,68	
- Verteidigung	63,097			Nach der Haushaltsplanung stellt sich die Schuldensituation 1995 wie folgt dar:		
- Preissubventionen	34,141			insgesamt	153,742	
- Sonstige Ausgaben	61,308			darunter:		
- Zentrale und lokale Reserven	6,3			- Haushaltsdefizit 95	66,68	
Saldo	+77,622	Saldo	-66,68	- Rückzahlung von in- und ausländischen Krediten und Kreditzinsen	86,016	
Die Ansätze für den Investbauhaushalt gliedern sich wie folgt:		Haushalt der Zentralregierung:		- neue Auslandskredite für staatl. Schlüssel- projekte	1,046	
<hr/>		1. Regulärer Haushalt		<hr/>		
2. Investbauhaushalt		Einnahmen (+10,7%)		Finanzminister Liu Zhongli räumte ein, daß die erforderliche Emission von Staatsanleihen in diesem Jahr besonders hoch ist. Allerdings bestehe hierzu kei- ne Alternative, da die Ausgaben nicht weiter eingeschränkt werden konnten und bei der Rückzahlung in- und aus- ländischer Schulden derzeit eine Spit- zenperiode begonnen hätte. (XNA, News Bulletin, 21.3.95)		
Gesamteinnahmen (+4,5%) 100,22		darunter:		Liu Zhongli stellte die Erhöhung der Investitionen für die Landwirtschaft im Haushalt 1995 besonders heraus. Der Zentralhaushalt und die lokalen Haus- halte sehen eine Steigerung der Ausga- ben für den Agrarsektor auf insgesamt 44,701 Mrd. Yuan vor, ein Anstieg um 5,397 Mrd. Yuan bzw. um 13,7% ge- genüber 1994. Auch die Ausgabenstei- gerung für Bildung und Wissenschaft mit rd. 13% wird von Liu besonders erwähnt.		
darunter:		- Steuern				
- Überschuß aus dem regulären Haushalt	77,622	- Ablieferung der Lokal- regierungen				
- Investbaueinnahmen	45,248	Ausgaben (+8,9%)				
- Subventionen für Verlustunternehmen	- 22,65	- Für nichtproduktiven Investbau		13,182		
Gesamtausgaben (+4,5%) 166,9		- für soziale Aufgaben		21,97		
darunter:		- Regierungsaufgaben		76,713		
- Produktive Investbau- ausgaben	53,962	- Verwaltung		1,326		
- Ausgaben für Betriebs- umgestaltung u. Entwick- lung neuer Produkte	47,037	- Verteidigung		62,807		
- Unterstützung der land- wirtschaftl. Produktion	23,43	- Preissubventionen		12,555		
- Städtebau	25,7	- Sonstige Ausgaben		13,049		
Saldo	- 66,68	- Zentrale Reserven		2,1		
<hr/>		- Ständige Ausgaben der Lokalbehörden		195,968		
Finanzeinnahmen und -ausgaben der Zentrale und der Lokalregierungen:		Saldo		+40,378		
Einnahmen der lokalen Haushalte		Die Ansätze für den Investbauhaushalt der Zentralregierung gliedern sich wie folgt:				
Gesamteinnahmen	247,34					
	492,367					

Die Betrachtung des Haushaltsentwurfs für 1995 kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Weitere Zunahme der Verschuldung mit einem Anstieg um fast 50% von 118 auf 154 Mrd. Yuan.
- Zur Finanzierung des Defizits ist eine weitere starke Erhöhung der Emission von Staatsanleihen notwendig.
- Ausgabensteigerung insbesondere bei Bildung, Landwirtschaft und Verteidigung.
- Höhere Preissubventionen, fast unverändert hohe Verlustsubventionen für Unternehmen. -schü-

*(19)

Zentralbank-Gesetz

Vom Nationalen Volkskongreß wurde im März das Zentralbankgesetz beschlossen. Im folgenden werden einige Aspekte dieses Gesetzes näher betrachtet (hierzu "Zhongguo Renmin gong he guo Zhongguo Renmin Yinhang fa", in *Fazhi Ribao*, 22.3.1995, S.3).

Das Zentralbankgesetz formuliert als Ziel der Geldpolitik im Artikel 3 die Stabilisierung des Geldwertes, um hierdurch das Wirtschaftswachstum zu fördern. Der Artikel 4 legt die Aufgaben, die von der Volksbank (Zhongguo Renmin Yinhang) als Zentralbank ausgeübt werden, wie folgt fest:

- Formulierung und Umsetzung der Geldpolitik
- Notenausgabe und Überwachung des Zahlungsmittelumschlages
- Genehmigung und Überwachung der Bankinstitutionen
- Überwachung des Finanzmarktes
- Veröffentlichung der betreffenden Regeln und Bestimmungen zur Überwachung der Bankinstitutionen
- Management der Devisen- und Goldreserven
- Management der Staatsanleihen
- Überwachung der normalen Entwicklung des Zahlungsverkehrs
- Verantwortlich für Erstellung der Finanzstatistiken, Untersuchungen, Analysen und Prognosen
- Zentralbank der Staates, befaßt mit internationalen Finanzaktivitäten
- Durchführung anderer vom Staatsrat festgelegter Aufgaben.

Artikel 5 bestimmt, daß der Staatsrat den Vorschlägen der Zentralbank hinsichtlich Geldangebotsmenge, Zinssätzen und Wechselkurs zustimmen muß.

Diese weisungsmäßige Unterordnung wird nochmals im Artikel 7 herausgestrichen. So heißt es hier, daß die Volksbank unter der Führung des Staatsrats ihre Aufgaben erfüllt. Hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus ist die Bildung eines Komitees für Geldpolitik zu erwähnen, dessen Zuständigkeit, Organisation und Arbeitsweise vom Staatsrat bestimmt wird; das Komitee muß dem Ständigen Ausschuß des NVK Bericht erstatten. (Artikel 11) Bei der Umsetzung der Geldpolitik bedienen sich die Zentralbank folgender Instrumente: (Artikel 22)

- Bestimmung der Mindestreservesätze der Banken
- Festlegung eines Referenzzinssatzes
- [Variation der] Rediskontkontingente
- Kreditvergabe an Geschäftsbanken
- Kauf und Verkauf von Staatsanleihen und Devisen
- Andere vom Staatsrat beschlossene geldpolitische Instrumente.

In einem Interview wurde der stellvertretende Gouverneur der Zentralbank, Zhou Zhengqing, von der Xinhua-Nachrichtenagentur um eine Stellungnahme zum Zentralbankgesetz gebeten. Zhou zufolge muß das Gesetz als ein Meilenstein auf dem Weg zur Reform des Banken- und allgemein des Rechtssystems betrachtet werden. Da die Volksbank seit 1984 die Zentralbankfunktion übernommen hatte, sei die Formulierung eines eigenen Zentralbankgesetzes erforderlich geworden.

Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftsreformen und der außenwirtschaftlichen Öffnung, so Zhou Zhengqing, habe ein wichtiger Wandel in der Funktion der Banken stattgefunden. Die Banken würden eine bedeutende Rolle in der makroökonomischen Steuerung spielen, und es müsse sichergestellt sein, daß Bankengeschäfte in "gesunder" Weise und sicher abgewickelt und die Interessen der Anleger geschützt werden.

Das Zentralbankgesetz hat Zhou Zhengqing nach die Aufgabe, die Position und die Aufgaben der Volksbank als Zentralbank deutlich zu machen. So lege das Zentralbankgesetz fest, daß die Volksbank die Geldpolitik formuliert und implementiert - allerdings nicht völlig unabhängig, sondern hierbei dem Staatsrat untersteht. Weiterhin seien im Gesetz geldpolitische Ziele und Instrumente festgelegt und die Bildung eines Komitees für Geldpolitik (Houbi Zhengce Weiyuanhui). Auch lege das Gesetz fest, daß die Zentralbank für die

Umsetzung der geldpolitischen Maßnahmen zuständig ist und passende geldpolitische Instrumente einsetzen kann.

Zhou Zhengqing wies weiterhin darauf hin, daß das Gesetz auch das Verhalten der Zentralbank selbst reguliere. So sei es der Zentralbank nicht gestattet, den Finanz- und Bankinstitutionen Überziehungskredite zu gewähren bzw. Lokalregierungen oder dem Nicht-Bankensektor Kredite einzuräumen. Diese Bestimmungen dienen nach Zhou Zhengqing der angemessenen Erfüllung der Aufgabe der Zentralbank, die problemlose Umsetzung der geldpolitischen Maßnahmen zu garantieren.

Das geldpolitische Ziel, das im Zentralbankgesetz genannt wird, ist die Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität, um hierdurch das Wirtschaftswachstum zu fördern. In der Praxis habe sich gezeigt, so Zhou Zhengqing, daß ein anhaltendes, schnelles und gesundes Wirtschaftswachstum nur durch die Stabilisierung des Geldwertes erreicht werden kann. Durch die Regulierung des Geldangebots will die Zentralbank vernünftige finanzielle Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung schaffen.

Auf die Frage der Unabhängigkeit der Zentralbank angesprochen, hob Zhou Zhengqing hervor, daß die Zentralbank zwar dem Staatsrat untergeordnet sei, eine Einflußnahme durch Lokalregierungen, Ministerien, soziale Organisationen oder Einzelpersonen jedoch ausgeschlossen werde. Die Zweigstellen der Zentralbank in den Provinzen erhalten Anweisungen von der Zentralbank in Beijing im Rahmen der "zentralen Führung und des einheitlichen Management". Die lokalen Zweigstellen haben u.a. die Aufgabe, den Finanzsektor zu kontrollieren, sie sollen Untersuchungen durchführen sowie Statistiken erstellen, und ihnen obliegt das Management der Staatsanleihen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 21.3.95, nach SWB, 4.4.95)

Sonstige in- und ausländische Kommentare zum Zentralbankgesetz konzentrieren sich auf die Frage, wie stark das Ausmaß der Unabhängigkeit ist, über das die Volksbank bei geldpolitischen Fragen verfügen wird. Nach Jiang Hong, Ökonom beim Forschungsinstitut für Finanzen und Banken der Volksbank, habe der Staatsrat weiterhin das letztendliche Entscheidungsrecht über die Geldpolitik. Da sich die Wirtschaft

noch in einer Übergangsphase zur Marktwirtschaft befinde, so Xiao Geng von der Universität Hongkong, sei eine vollständige Unabhängigkeit der Zentralbank problematisch. Letztlich würden bestimmte Wirtschaftsprobleme - beispielsweise die der staatseigenen Unternehmen, die auch weiterhin hohe Kredite nachfragten und deshalb einen Druck auf das Kreditangebot ausübten - auf den Staatsrat zurückfallen. (ASWJ, 13.3.95)

Neben den typischen Instrumenten der Zentralbank in einer Marktwirtschaft, die im Gesetz genannt sind, wird von chinesischen Kommentatoren darauf hingewiesen, daß die Bank auch über administrative Eingriffsmöglichkeiten zur Kontrolle der Geldmenge verfügt. Beispiel hier ist die Überwachung des Kreditvolumens. Nach Zhao Haikuan, Professor am o.g. Forschungsinstitut der Volksbank und beteiligt an der Erarbeitung des Zentralbankgesetzes, ist die Vorgabe eines Kreditvolumens durch die Zentralbank weiterhin erforderlich. So fehle noch die mikroökonomische Basis, auf der die wirtschaftlichen Hebel zur Kontrolle der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wirkungsvoll eingesetzt werden könnten. Zhao Haikuan bezieht sich hierbei auf die Tatsache, daß die staatseigenen Banken noch nicht als Geschäftsbanken operieren können und die staatseigenen Unternehmen noch kein modernes Managementsystem eingeführt haben. (XNA, 16.3.95)

Das Zentralbankgesetz war Gegenstand von heftigen Diskussionen auf dem diesjährigen NVK und erhielt rd. ein Drittel Gegenstimmen bzw. Enthaltungen bei der Abstimmung. (Siehe hierzu den Beitrag "Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses: Abstimmungsrevolten und regionale Sonderinteressen" im vorliegenden C.a.-Heft.) Bei diesen Diskussionen ging es u.a. um die Rolle des Komitees für Geldpolitik. So hatten NVK-Abgeordnete indirekt Befürchtungen geäußert, daß diese Organisation ein Instrument der Zentralregierung werden könne. Andere Abgeordnete kritisierten, daß die Zentralbank sowohl Regeln für die Geldpolitik aufstellen als diese auch implementieren würde und forderten in diesem Zusammenhang eine stärkere parlamentarische Kontrolle durch den NVK. Auch waren Befürchtungen laut geworden, daß durch eine strengere Umsetzung geldpolitischer Kontrollen den staatseigenen Unternehmen in Finanzschwierigkeiten noch mehr Probleme

beim Zugang zu Krediten entstehen könnten. (FT, 17.3.95) Je nach Interessenlage hatten also Kritiker aus verschiedenen Lagern zu dem Zentralbankgesetz ihre Einwände gemacht.

-schü-

*(20)

"Inflationsbekämpfung erhält Vorrang"

Im Regierungsbericht vor dem NVK kündigte Ministerpräsident Li Peng an, daß die Regierung in diesem Jahr den Preisanstieg resolut unter Kontrolle halten werde. Als Ziel nannte Li Peng eine Inflationsrate von ca. 15%. Diese würde damit deutlich unter dem Preisanstieg (Einzelhandelspreise) von 1994 in Höhe von 21,7% liegen.

Als Maßnahmen zur Kontrolle der Inflationsentwicklung nannte Li Peng:

- Verstärkte Förderung der Agrarproduktion und des Angebots landwirtschaftlicher Produkte.
- Durch Kreditverknappung und Ausgabendisziplin Kontrolle über die Entwicklung von Geldmenge und Kreditvolumen.
- Kontrolle des Volumens der Anlageinvestitionen und des Anstiegs der konsumptiven Ausgaben staatlicher Einheiten.
- Reformmaßnahmen im Warendistributionssystem und verstärkter Aufbau von Märkten.

Li Peng befürwortete in seinem Regierungsbericht zwar, daß die Einkommenssituation der Bevölkerung sich weiter verbessern sollte, allerdings dürften die Löhne nicht schneller als die Arbeitsproduktivität zunehmen. (XNA, 6.3.95)

Zur konkreten Umsetzung der Inflationsbekämpfung zählt eine ab Mitte März bis Ende Juni d.J. dauernde Überprüfung der Preise für Kunststoffe. Die Preise werden sowohl am Herstellungsort in den Fabriken als auch auf den Märkten darauf hin kontrolliert, ob die staatlichen Richtlinien bei der Preisgestaltung eingehalten werden. (XNA, 7.3.95) Auch für die Preise von raffinierten Erdölprodukten werden in diesem Jahr Preisobergrenzen bestehen bleiben. Die Preisbeschränkung war im Mai 1994 eingeführt worden. Seitdem beträgt der Preis für Benzin 2.415 Yuan/t und für Diesel 1.900 Yuan/t. (ASWJ, 16.3.95)

Chinesische Ökonomen, die am NVK teilnahmen, waren sich zwar darin einig, daß ein gewisses Ausmaß an Inflation unvermeidlich sei und akzeptiert werden müsse. Allerdings sei für China ein Entwicklungsweg nicht angemessen, der "hohes Wachstum, hohe Preise, hohe Investitionen und hohes Einkommen" postuliere. Die Ökonomen wiesen überwiegend auf die negativen Begleiterscheinungen der Inflation hin. Xiao Guojin, Professor an der Universität in Wuhan, bezog sich beispielsweise dabei auf eine Untersuchung über die Inflationwirkung auf Arbeiter mit niedrigem Einkommen, Rentner und andere Beschäftigten von staatseigenen Verlustunternehmen in Wuhan. Durch die Inflation war diese Gruppe besonders betroffen und werde bei weiteren Preissteigerungen ihren Lebensunterhalt nicht mehr sichern können. Xiao warnte davor, daß diese Probleme durchaus zum Auslöser sozialer Unruhen werden könnten. Der bekannte Ökonom Wu Jinglian vom Forschungszentrum für Wirtschaft, Technik und soziale Entwicklung beim Staatsrat wies auf andere Aspekte hin. So habe die Nachkriegsentwicklung vieler Länder gezeigt, daß Inflation dem Wirtschaftswachstum eher abträglich sei. (XNA, 13.3.95)

Offiziellen Angaben zufolge betrug die Inflationsrate im Februar 1995 im Vergleich zum Vorjahresmonat 19,7% (Einzelhandelspreise). Damit lag die Rate erstmals seit Juni 1994 unter 20%. In Shanghai (13,6%), Beijing (12,8%) und Tianjin (11,5%) sanken die Einzelhandelspreise sogar unter die 15%-Marke im Februar. Das höchste Preisniveau mußte die Provinz Guizhou mit 25,8% verzeichnen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 27.3.95, nach SWB, 30.3.95) Auch in Guangzhou belief sich der Anstieg der Preise im Februar lediglich auf 10,2%; im Januar hatte die Inflationsrate noch 15,2% und im gesamten Jahr 1994 noch 16,6% betragen. (SCMP, 17.3.95)

Während der Einzelhandelspreisindex im Februar d.J. unter 20% gefallen ist, belief sich die Steigerung des Verbraucherpreisindex noch auf 22,4% (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.3.95, nach SWB, 20.3.95)

Einem Bericht der *South China Morning Post* vom 18.3.95 zufolge ist eine erneute Anpassung des Verbraucherpreisindex geplant, die jährlich einmal erfolgt. Der Index der Verbraucherpreise wurde 1994 als Indikator an Stelle des Lebenshaltungskostenindex gesetzt.

Im Verbraucherpreisindex sind Nahrungsmittel, Bekleidung, Haushaltsgeräte, Produkte der Gesundheitspflege, Ausgaben für Freizeit, Bildung und Kultur, Transport und Telekommunikation sowie Mieten und Dienstleistungen enthalten. In diesem Index sollen sich die Nahrungsmittelpreise mit einer Gewichtung von rd. 40% widerspiegeln. -schü-

*(21)

Einführung der 5-Tage-Woche

Der Staatsrat kündigte zum 1. Mai 1995 die landesweite Einführung der 5-Tage-Woche an. Anstatt der bisher 44stündigen Arbeitswoche werden die Beschäftigten auch nur noch 40 Stunden in der Woche arbeiten müssen (siehe hierzu "Text of regulations on forty-hour week to take effect on 1st May", in FE/2262 section G S.8, 25.3.95, nach SWB, 30.3.95 sowie "State Council issues amended regulations on working hours", in SWB, 3.4.95)

Staatliche Institutionen wollen eine einheitliche Arbeitszeitregelung einführen und am Samstag sowie am Sonntag keine Arbeitskräfte beschäftigen. Falls dies in besonderen Fällen nicht möglich ist, erhalten die Beschäftigten andere arbeitsfreie Tage. Für Institutionen und Unternehmen, die am Wochenende normalerweise arbeiten, wird eine Übergangszeit gelten. Bis zum 1. Januar 1996 sollen sich Institutionen auf die neue Arbeitszeit eingestellt haben; für Betriebe besteht eine Übergangsfrist bis zum 1. Mai 1997.

Die wöchentliche Arbeitszeit war bereits zum 1.3.1994 von 48 Stunden auf 44 Stunden reduziert worden. Hierdurch soll sich die Arbeitseffizienz erhöht haben; außerdem erhielten die Beschäftigten mehr Zeit für kulturelle und soziale Aktivitäten. Einer von der Zentralregierung in Auftrag gegebenen Untersuchung nach sollen sich rd. 80% der Befragten für mehr Freizeit anstatt längerer bezahlter Arbeitszeit ausgesprochen haben. Chinesische Experten hatten auf eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Blick auf die Verbesserung des Lebensstandards, der steigenden Arbeitslosigkeit, der Energieknappheit und der Verkehrsengpässe gedrängt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 24.3.1995, nach SWB, 27.3.95)

Die einem Artikel in der *China Daily* vom 27.3.95 werden der Anstieg der Beschäftigungsmöglichkeiten und des

schnelleren Wachstums des Dienstleistungssektors als unmittelbare Folgen der Arbeitszeitverkürzung hervorgehoben. So sollen hierdurch rd. 1 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden, insbesondere bei der Eisenbahn, im Transport-, Post- und Telekommunikationssektor, bei sozialen Dienstleistungen, in der Gastronomie, Energiewirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen und in der Industrie.

Außerdem wird mit einem Anstieg des Tourismus gerechnet. Die nationale Tourismusverwaltung erwartet für 1995 eine Erhöhung der inländischen Reisenden auf rd. 500 Mio., das wären rd. 50 Mio. Personen mehr als 1994. Bedingt durch die Erhöhungen seien allein rd. 100.000 neue Arbeitskräfte in der Tourismusbranche erforderlich.

Nach Angaben des Arbeitsministers Li Boyong soll die städtische Arbeitslosenquote 1995 die 3%-Grenze nicht übersteigen. Die städtische Arbeitslosenquote wird offiziell für 1994 mit 2,9% bzw. 4,8 Mio. Personen angegeben.

Durch die Gründung mittelgroßer und kleiner Unternehmen, insbesondere im Dienstleistungssektor, sollen städtische Arbeitskräfte absorbiert werden. Dies wird vor allem notwendig vor dem Hintergrund der offiziell mit rd. 15 Mio. angegebenen unterbeschäftigten Arbeitskräfte in den staatseigenen Betrieben. (CD, 27.5.95 und Xinhua News Agency, Beijing, in English, 7.3.95)

Die Lösung des Beschäftigungsproblems in den ländlichen Gebieten, in denen mehr als 100 Mio. Bauern unterbeschäftigt sind, soll dem Arbeitsminister nach durch die Ausweitung der Betriebe in den Gemeinden erfolgen. Der unkontrollierte Zustrom von ländlichen Arbeitskräften in die Städte zeige dort bereits negative Einflüsse. Li Boyong spricht in diesem Zusammenhang von einer Zahl von rd. 25 Mio. ländlichen Arbeitskräften, die in die Städte gewandert seien.

Obwohl diese Angabe nicht weiter erläutert wird, scheint hierbei von der Wanderbevölkerung ausgegangen zu werden, die außerhalb ihrer Provinzgrenzen Arbeit aufgenommen hat. Wird die Migration einschließlich der Abwanderung der Bauern aus den ländlichen Gebieten in die Städte innerhalb der Provinzgrenzen einbezogen, dann wird im allgemeinen von einer Zahl von 80-100 Mio. Menschen ausgegangen. -schü-

*(22)

"China kann Getreide-Selbstversorger bleiben"

Auf einem internationalen Seminar zur Wirtschaftsreform in den ländlichen Gebieten nahm der bekannte Agrarökonom Du Runsheng Stellung zur Diskussion um die Frage "Wer ernährt die chinesische Bevölkerung im nächsten Jahrhundert?". Hintergrund dieser Diskussion ist u.a. ein Artikel von Lester Brown, der in deutscher Sprache unter dem Titel "Chinas großer Hunger" in *World-Watch*, Oktober/November 1994, S. 10-19 erschienen ist. In diesem Artikel hat Lester Brown chinesische Quellen für die Aussage herangezogen, daß China in naher Zukunft (Zitat aus dem Artikel:) "... 400 Millionen Tonnen Getreide auf dem Weltmarkt einkaufen muß."

Du Runsheng räumte zwar ein, daß China mehr Getreide importieren werde, jedoch vor allem, um das Angebot zu variieren und als Mittel zur Inflationsbekämpfung. Diese Importe würden jedoch nicht ein Volumen in dieser Höhe erreichen. Die Schätzung dieser Importmenge beruht nach Du Runsheng auf unzureichenden Informationen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 24.3.95, nach SWB, 30.3.95)

Lester Brown hatte für seine Recherche über die Frage der Getreideknappheit in China Zhou Guangzhao, Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS), interviewt. Nach Angaben von Zhou Guangzhao gegenüber der Nachrichtenagentur Xinhua sei er jedoch in dem betreffenden Artikel unvollständig zitiert worden. So habe er erklärt, daß China im nächsten Jahrhundert dann 400 Mio. t importieren müsse, wenn die Entwicklungen in den südöstlichen Küstenprovinzen auf ganz China übergreifen würden.

So hätten diese Küstenprovinzen die Getreideproduktion vernachlässigt und hohe Verluste landwirtschaftlicher Anbauflächen hingenommen. Gleichzeitig seien größere Anbauflächen ungebaut geblieben, da die Bauern statt des Getreideanbaus die lukrativere Beschäftigung in Fabriken oder in anderen Bereichen vorgezogen hätten. Weiterhin betrage der Pro-Kopf-Getreideverbrauch in den reicheren Regionen rd. 500 kg, 130 kg mehr als im Landesdurchschnitt. Aufgrund der großen Bevölkerungszahl und der damit verbundenen hohen Nachfrage bei gleichzeitig beschränktem Angebot auf dem Welt-

markt ist es nach Zhou Guangzhao für China ausgeschlossen, abhängig von Getreideimporten zu werden. China müsse vielmehr einem Agrarmodell folgen, das sparsam mit Anbauflächen und Wasser umgeht. Gleichzeitig müsse der Verbrauch auf einem moderaten Niveau bleiben. Das bedeute, daß China nicht dem westlichen Konsummuster bei Nahrungsmitteln folgen könne, d.h. Konsum von immer mehr Fleisch anstelle von Getreide. Den Schlüssel zur Lösung der möglichen Nahrungsmittelknappheit sieht Zhou Guangzhao im stärkeren Einsatz von Technologie und Bildung; insgesamt sei eine Erhöhung des Flächenertrages um 20-30% möglich. (XNA, 9.3.95)

Nach Untersuchungen der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften (CAAS) kann China bis zum Jahr 2020 im wesentlichen Getreide-Selbstversorger bei einer Bevölkerung von 1,5 Mrd. Menschen und einem Getreideoutput von 625-675 Mio. t bleiben. Der Getreideimport werde bis dahin auf dem gegenwärtigen Niveau (ca. 10 Mio.t jährlich) bleiben bzw. maximal 20 Mio. t erreichen.

Anfang März nahm auch der Landwirtschaftsminister Liu Jiang Stellung zu diesem Themenkomplex. Liu zufolge werde China nicht zu den bedeutenden Getreideimportländern zählen können. Weiterhin würde das Land eine Getreide-Selbstversorgungsstrategie verfolgen. Getreide sei nach wie vor von großer Bedeutung für die soziale Stabilität und die nationale Sicherheit, so daß China sich nicht von Importen abhängig machen könne. Gleichzeitig wären die Importmöglichkeiten für China durch das relativ geringe Weltmarktangebot an Getreide und die hohen Preise beschränkt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.3.95, nach SWB, 4.3.95)

Im Zusammenhang mit der Steigerung des Getreideoutputs wurde von chinesischen Agrarexperten auch die hierfür erforderliche Mindest-Anbaufläche von 110 Mio. ha genannt. Diese Anbaufläche sei erforderlich, um den Output auf 500 Mio. t Getreide bis zum Jahr 2000 zu erhöhen. Die Experten verwiesen darauf, daß seit 1991 die Getreideanbaufläche um ca. 4 Mio. ha abgenommen habe, allein 80% dieser Fläche entfielen auf das Yangtze-Delta und die südöstlichen Küstenprovinzen (XNA, 15.3.95)

Um den Getreideoutput bis zum Jahre 2000 um 50 Mio. t (auf rd. 500 Mio. t) zu steigern wurde, ein spezieller Plan

ausgearbeitet. Diesem Plan entsprechend erhalten die einzelnen Provinzen Quoten für die Steigerung der Getreideproduktion zugeteilt. Vorgesehen ist weiterhin die umfangreiche Erschließung von Ödland sowie die Bodenmelioration vorhandener Flächen von mittlerer und schlechter Qualität. (XNA, 5.3.95) -schü-

*(23)

Reaktion der Provinzen auf Forderung nach Erhöhung der Getreideproduktion

Die Xinhua-Nachrichtenagentur berichtete im März über die Reaktion der Provinzen auf die Forderung nach Outputsteigerung bei Getreide und nach Getreide-Selbstversorgung.

Wang Guofa, stellvertretender Provinzgouverneur von *Jilin*, sagte eine deutliche Steigerung des Getreideoutputs innerhalb der kommenden 3-5 Jahre zu. Dieses Ziel soll durch die Erhöhung des landwirtschaftlichen Inputs und Verbesserung der Einkommenssituation der Bauern erreicht werden.

Jilin zählt zu den Provinzen mit den wichtigsten Marktgetreide-Anbaubasen. Auf rd. 4% der Anbauflächen erzeugt Jilin rd. 10% der Getreidequote. 1994 erreichte die Provinz einen Getreideoutput von 10,8 Mio. t (XNA, 3.3.95)

Für die Provinz *Sichuan* ist die ausreichende Versorgung mit Getreide besonders wichtig, da hier rd. 10% der chinesischen Gesamtbevölkerung leben. In einem Interview Anfang März d.J. beantwortete der Parteisekretär der Provinz, Xie Shijie, Fragen eines Reporters der *Guangming Ribao* zur Getreidepolitik der Provinz.

Der Getreideoutput der Provinz belief sich 1994 auf rd. 42 Mio. t, wies jedoch 1993 und 1994 einen Rückgang um rd. 2 Mio. t auf. Da gleichzeitig die Bevölkerung in Sichuan um rd. 1 Mio. Menschen zugenommen hatte, verschärfte sich die Getreideknappheit in der Provinz. Xie Shijie befürchtet deshalb, daß ohne eine deutliche Steigerung des Outputs im Jahre 1995 die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Stabilität in der Provinz gefährdet sein könnte. Xie erhofft sich vom verstärkten Einsatz von modernen Agrartechniken und landwirtschaftlichen Inputs, aber auch von der Ausweitung der Anbauflächen und Verbesserung der Bodenqualität positive Einflüsse auf den Getreideoutput. Auch die Motivation

der Bauern, Getreide anzubauen, soll verbessert werden. (*Guangming Ribao*, in Chinese, 11.3.95, nach SWB, 31.3.95)

Wie gering die Profitabilität im Getreideanbau ist, wird in einem Interview deutlich, das zwischen dem Parteisekretär der Provinz und einem Bauern aus dem Kreis Renshou stattfand. Danach beläuft sich das Einkommen pro Flächeneinheit "mu" lediglich auf 200 Yuan im Jahr, während die in die Städte abgewanderten Bauern wesentlich mehr verdienen. Ursächlich hierfür sind die hohen Kosten für landwirtschaftliche Inputs; allein der Preis von Kunstdünger habe sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt und betrage 1.600 Yuan/t. Um den Getreideanbau zu fördern, kündigte Xie Shejie an, daß die Provinzregierung Obergrenzen für die Preise landwirtschaftlicher Produkte festlegen und die Elektrizitätspreise für die Bauern reduzieren werde. (XNA, 8.3.95)

Während der NVK-Tagung sicherten die Vertreter der südöstlichen Provinzen ebenfalls zu, die Getreideproduktion stärker zu unterstützen. Wan Xueyuan, Gouverneur der Provinz *Zhejiang*, will die Provinz in den nächsten Jahren wieder dazu bringen, Getreide-Selbstversorger zu werden. Allerdings sei dies Ziel schwer zu erreichen, da mit der fortschreitenden Industrialisierung und Verstärkung der Getreideanbauflächen in den letzten 10 Jahren um 670.000 ha geschrumpft seien. Deshalb sei auch der Ertrag zurückgegangen, und zwar um 4 Mio. t, so daß Zhejiang nunmehr 2,5 Mio. t aus anderen Provinzen einführen müsse.

Eine ähnliche Situation besteht in der Provinz *Guangdong*. Guangdong zählt inzwischen zu den Provinzen, die die größten Getreidemengen von außerhalb der Provinz einführen müssen. Bei einer Bevölkerung von rd. 65 Mio. und einer Wanderbevölkerung von rd. 10 Mio. Menschen beläuft sich das eingeführte Getreidevolumen auf rd. 2 Mio. t. Nach Einschätzung des Provinzgouverneurs ist es auch nicht realistisch für Guangdong, Getreide-Selbstversorger zu werden, da die Provinz in Relation zur Bevölkerung zu kleine Anbauflächen aufweist. Möglich sei lediglich eine Verbesserung der Getreide-Selbstversorgung, um die Risiken einer Abhängigkeit von anderen Provinzen oder vom Weltmarkt zur Versorgung der Bevölkerung mit Getreide zu reduzieren.

Im letzten Jahr konnte Guangdong den Output auf 16,58 Mio. t erhöhen, das waren 290.000 t mehr als 1993. Vor-

ausgegangen waren höhere Investitionen und die Sicherung des Umfangs der Anbauflächen.

Für die Provinz *Jiangsu* stellt sich die Situation bei der Getreideproduktion vergleichsweise positiv dar. Bei einer Bevölkerung von rd. 70 Mio. erzeugt die Provinz rd. 35 Mio. t Getreide. Da jedoch die Bevölkerung jährlich um 500.000 bis 600.000 Menschen zunimmt, muß auch Jiangsu Maßnahmen zur Outputsteigerung durchsetzen. (XNA, 13.3.95) Zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung würden - so der stellvertretende Parteisekretär der Provinz - andere Projekte notfalls aufgegeben werden müssen. (XNA, 3.3.95) -schü-

*(24)

Stärkere Förderung des Agrarsektors

Im Regierungsbericht vor dem NVK nannte Ministerpräsident Li Peng die Plandaten für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. So sollen 1995 insgesamt 455 Mio. t Getreide und rd. 4 Mio. t Baumwolle produziert werden. Vorgesehen sind weiterhin Produktionssteigerungen bei Speiseöl, Zucker, Fleisch und Fisch.

Obwohl große Fortschritte seit Beginn der Reformen im Landwirtschaftssektor erzielt wurden - so Li Peng -, verfüge der Agrarsektor nur über eine schwache Basis und sei anfällig für Naturkatastrophen. Als konkrete Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft kündigte Li Peng die Erhöhung der Investitionen, verstärkten Schutz und effizientere Nutzung des kultivierbaren Landes sowie den Bau von mehr Bewässerungsanlagen und anderen Projekten der landwirtschaftlichen Infrastruktur an. (XNA, 6.3.95)

Für 1995 sind Mittel aus dem Staatshaushalt von insgesamt 69,35 Mrd. Yuan vorgesehen, ein Anstieg um 11,1% gegenüber 1994. In dieser Summe sind 37,22 Mrd. Yuan für die Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion und für die reguläre Arbeit der Regierungsabteilungen für Ackerbau, Forstwirtschaft und Wasserbau sowie 12 Mrd. Yuan für den von diesen Regierungsstellen geplanten Investbau enthalten. Weiterhin sind spezielle Mittel für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in den wirtschaftlich schwach entwickelten westlichen Regionen vorgesehen.

Von der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank (Agricultural Development Bank = ABC) werden dem Agrarsektor

in diesem Jahr Kredite in Höhe von 50,2 Mrd. Yuan zur Verfügung gestellt. Hierzu zählen 40 Mrd. Yuan für den Ankauf von Getreide, Baumwolle und Speiseöl sowie 8,4 Mrd. Yuan als Darlehen für die Landwirtschaft (nicht näher beschrieben) und 1,8 Mrd. Yuan als Kredite zur Finanzierung von Anlageinvestitionen. Landwirtschaftsminister Liu wies darauf hin, daß der größte Teil der Investitionen für die Landwirtschaft aus den lokalen Haushalten finanziert werden soll. (XNA, 23.3.95) Die angekündigte steuerliche Vorzugsbehandlung der Landwirtschaft umfaßt die Reduzierung der Landwirtschaftsteuer, neue Ausnahmeregelungen für die Steuerzahlung sowie eine 10%ige Senkung der Einkommenssteuersätze für die ländlichen Betriebe. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 22.3.95, nach SWB, 29.3.95)

Die Versorgung der Landwirtschaft mit notwendigen Düngemitteln, Pestiziden, Plastikfolien und anderen landwirtschaftlichen Inputs soll die Chemieindustrie in diesem Jahr garantieren. Für die Chemieindustrie besteht eine Produktionsvorgabe von 113 Mio. t Dünger, von denen 56,4 Mio. t in der 1. Jahreshälfte 1995 bereitgestellt werden müssen. Den Chemiedünger-Fabriken wurden besondere Vergünstigungen eingeräumt und der Branche [zusätzliches?] Umlaufkapital in Höhe von 2,5 Mrd. Yuan bereitgestellt. Gleichzeitig erhielten die Eisenbahnverwaltungen die Anweisung, dem Transport von Kunstdünger Vorrang einzuräumen. (XNA, 11.3.95)

Die stärkere Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion erfolgt auch vor dem Hintergrund der hohen Inflation im letzten Jahr. Diese soll zu zwei Dritteln durch die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte verursacht worden sein. -schü-

Der Sieger, Zhang Wei (Chang Wei), hatte gegen den Beschluß der KMT für den Posten kandidiert, worauf er aus der Partei ausgeschlossen wurde. Er konnte 31.670 der 75.141 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, während der von der KMT aufgestellte Kandidat, Wu Guodong (Wu Kuo-tung), 30.531 Stimmen und ein anderer Kandidat der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Huang Qinqun (Huang Ch'in-ch'ün), 11.957 Stimmen erhielt. Wu und seine Partei führen die Niederlage auf die niedrige Wahlbeteiligung von 39,72% zurück; nach allgemeiner Meinung liegt jedoch die Ursache eher darin, daß Wu als früherer Kreisvorsteher von Hualian in mehrere Skandale verwickelt war und 1993 als Konsequenz einer Unregelmäßigkeit bei den Wahlen zum Gesetzgebungsyuan 1992 in seinem Kreis vom Amt des Kreisleiters zurücktreten mußte. Aus Protest gegen die Unterstützung der KMT für Wus Kandidatur zog Zhang in die Wahlen. Er ist ein General a.D. und bekleidete zuletzt das Amt eines Direktors der Veteranen-Organisation in Hualian. Wegen seiner Kandidatur wurde er nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch aus seinem Amt entlassen; sein Wahlsieg stützte sich jedoch hauptsächlich auf die Stimmen der Veteranen. Die Veteranen, meistens "Festländer", galten früher als Stammwähler der KMT. Nun kann sich die Partei infolge des internen Flügelkampfes zwischen der Haupt- und Nihthauptströmung nicht mehr auf ihre "Eiserne Reserve" verlassen.

Trotz der Ausschließung aus der Partei betonte General a.D. Zhang, er sei immer noch Mitglied der KMT und lehnte es auch ab, der CNP (Chinese New Party), einer Splitterpartei der KMT, beizutreten. (LHB und CP, 13.3.95) -ni-

*(26)

KMT-Offenlegung des Parteivermögens

Das Vermögen der Regierungspartei KMT (Kuomintang) war und ist nicht nur den Außenstehenden, sondern auch vielen führenden Parteimitgliedern ein Rätsel. Bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses des ZK am 1. März sagte Hao Bocun (Hau Pei-tsun), daß er als einer der vier Parteivorsitzenden über das Vermögensvolumen der Partei und über die Geschäftslage der Parteiunternehmen völlig im unklaren sei, ganz zu schweigen die allgemeinen Parteimitglieder, und forderte daher auf, das Parteivermögen transparent zu machen.

Taiwan

*(25)

Debakel der Regierungspartei bei einer Abgeordneten-Nachwahl in Hualian

Bei der Nachwahl eines Abgeordneten des Gesetzgebungsyuan im Kreis Hualian (Hualien) in Osttaiwan am 12. März erlebte die Regierungspartei KMT (Kuomintang) eine große Niederlage.